



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit VI – Bereichsspezifische Maßnahmen: Soziales

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) zu beschließen.

Der Landesaktionsplan soll folgende spezifische Maßnahmen im Bereich Soziales enthalten:

1. Erstellung von mehrsprachigen und barrierefreien Informationsangeboten
2. Überarbeitung der Bayerischen Sozialfibel

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die hierdurch anfallenden Kosten im Entwurf des nächsten Haushaltplans zu berücksichtigen.

Begründung:

Der Freistaat hat ein umfangreiches Angebot an Sozialleistungen und Hilfestellungen für Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlichen Lebenssituationen. Die Wahrnehmung der verfügbaren Leistungen scheidet häufig bereits am Wissen um deren Existenz. Sprachliche bzw. kommunikative Barrieren sind nicht selten ein Grund dafür. Insbesondere beim Informationsmaterial für den Bereich Flucht, Asyl und Migration hat sich in den letzten Jahren diesbezüglich viel getan. Informationen zu anderen Bereichen bleiben teilweise weiterhin schwierig auffindbar oder sind für bestimmte Gruppen nicht leicht verständlich. Die Beratungs- und Unterstützungsangebote des Freistaates sollen für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen zugänglich sein. Informationsdefizite führen zu Benachteiligungen. Wir möchten konsequent dagegen vorgehen.

Die Bayerische Sozialfibel soll Bürgerinnen und Bürgern Bayerns Informationen zu sozialen Hilfen, Leistungen und Rechten einfach zugänglich machen. Derzeit enthält die Sozialfibel keine Informationen zum Thema Diskriminierung oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, obgleich es sich um Problemfelder handelt, die zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in ihrem Alltag stark betreffen (vgl. Drs. 17/18601). Einzelne Aspekte wie die Obdachlosenhilfe oder LGBTQI* finden sich zwar in der Stichwortliste, das reicht aus unserer Sicht aber nicht aus – es fehlt an weiteren Inhalten für andere, von Diskriminierung betroffene Gruppen.